

Teil II: Die Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips: Die Reproduktionssphäre

Heimanns Modell des Sozialpolitischen Prinzips im Spannungsverhältnis von Kapital und Arbeit/sozialer Idee bezieht sich auf die männlich konnotierte Erwerbsarbeit. Die Reproduktionsarbeit – Hausarbeit, Beziehungs- und Familienarbeit –, die damals ganz den Frauen zugeschrieben war und auch heute noch in der Tendenz weiblich konnotiert ist, wird übergangen. Sie ist als selbstverständlich vorausgesetzt, bleibt unsichtbar, obwohl sie zwingende Voraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft ist. Sowohl das Kapital als auch die (Erwerbs-)Arbeit sind auf die Reproduktionssphäre angewiesen. Mit dieser doppelten Angewiesenheit erweitert sich die sozialpolitische Hypothese.

ZUR FEMINISTISCHEN KRITIK DER »MÄNNLICHEN SOZIALPOLITIK«

Die feministische Kritik an der Sozialpolitik, wie sie sich in den 1990er Jahren in Deutschland breit artikulierte (vgl. Braun/Jung 1997), lässt sich auf die Grundformel bringen: Auch wenn sich die kapitalistische Ökonomie auf die (äußere) Produktionslogik zurückführt, wird sie doch immer wieder durch die (innere) Reproduktionstätigkeit, die in der Regel den Frauen zugewiesen ist, mit *hergestellt*. Der Aspekt der *Herstellung* wird dabei betont, denn dieser beinhaltet seinem Sinn nach mehr als nur die Vorstellung, der Industriekapitalismus funktioniere nur, weil diese Reproduktionstätigkeit selbstverständlich und alltäglich ausgeführt werde. Zum Reproduktionsbereich wird die biologische Reproduktion, die alltägliche Reproduktion der Arbeitskraft und die Versorgungs- und Fürsorgetätigkeit gerechnet (vgl. Young 2007).

Dieser reproduktive Bereich vornehmlich weiblich konnotierter Haus-, Erziehungs- und Beziehungsarbeit bleibt verdeckt, weil er in der industriegesellschaftlichen Logik entlang der Trennlinie öffentlich – privat *vorausgesetzt* ist. Die weibliche Reproduktionsarbeit wird nicht nur minderbewertet gegenüber

der Produktionsarbeit, selbst in der Erwerbssphäre wird die Arbeit von Frauen aufgrund dieses Sekundärstatus (nach der industriekapitalistischen Tradition ist das Produktionsprinzip männlich, dem entspricht die Tradition der männlichen Ernährerrolle im Haushalt) niedriger eingestuft, und zwar sowohl im Entlohnungs- als auch im Rentenbereich. Deshalb war es nur folgerichtig, dass Soziale Gerechtigkeit – angestoßen durch die Arbeiten von Nancy Fraser (1996) – als *Geschlechtergerechtigkeit* thematisiert wurde. Wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeit zeichnet sich demnach »durch die beiden Prinzipien soziale Gerechtigkeit/Umverteilung und eine symmetrische Anerkennungsordnung der Geschlechter aus.« (Klein 2009: 300)

Aus dieser Strukturkritik ergibt sich auch eine andere historische Sichtweise auf die Entstehung und Konstitution der modernen Sozialpolitik. Indem die Sozialpolitik in ihren Anfängen »abstrakte« produktions- und erwerbszentrierte Arbeiterpolitik war, deren Solidarbegriff nur die Arbeiterbeziehungen einschloss, waren Familien und Kinder bloße Anhängsel dieser Solidargemeinschaft. Wenn wir uns Heimanns Modell des sozial begrenzten Kapitalismus vergegenwärtigen, so trat dieser kritisierte Ausgrenzungsmechanismus schon damals deutlich zutage. Heimann vermutet allein im Produktionsbereich und in der Arbeiterfrage, jene antikapitalistische Dialektik, welche die soziale Modernisierung des Kapitalismus voranzutreiben imstande war. Den reproduktiven Bereich und die daraus hervorgehenden sozialen Bewegungen (eben die Frauenbewegungen) konnte er nicht systematisch integrieren, auch wenn er sie historisch durchaus wahrnahm. Da nun der Sozialstaat *die* institutionalisierte Form der Sozialpolitik darstellt, sind auch bei diesem geschlechtstypische Ausgrenzungen zu beobachten. In der sozialstaatlichen Sozialpolitik spiegelt sich die geschlechtshierarchische Trennung zwischen öffentlich und privat wider, die sozialstaatlichen Zuständigkeiten enden meist oft dort, wo der private Reproduktionsbereich beginnt. Dadurch findet eine *Privatisierung* sozialpolitischer Bezüge statt.

Dabei geht es aber nicht nur um die sozialpolitischen Leistungen, sondern auch um die *kulturellen Definitionen*, die in die Sozialpolitik eingeschrieben sind. Denn der sozialpolitische Mechanismus von *Anspruch und Zumutbarkeit* wirkt sich entsprechend geschlechtstypisch aus: Frauen wird Arbeitslosigkeit, Rückzug in den Haushalt, niedrigere Lohneinstufung, verfügbares Teilzeitmanagement etc. eher zugemutet als Männern. Die Sozialpolitik definiert ständig geschlechtstypische Lebensentwürfe, die für Frauen (und auch zunehmend für Männer) *Vereinbarkeitsprobleme* aufwerfen, wobei diese von den Frauen selbst bewältigt werden müssen, während sich die Vereinbarkeitsfrage bei den Männern traditionell nicht (oder erst jetzt) in dieser Form stellt. Erst die Sensibilität mancher Männer gegenüber den Verwehrungen reproduktiver Rechte, denen sie unterliegen und die angesichts der Krise der Erwerbs-

arbeit hervortreten, lässt die Vereinbarkeitsthematik zunehmend auch zu einer männlichen werden.

Hatten die bisherigen Frauenbewegungen seit dem 19. Jahrhundert immer nur um einen gleichberechtigten Platz in dieser Männergesellschaft und um die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Reproduktionsarbeit gekämpft, so ging es seit den 1980er und 1990er Jahren um Systemkritik: Das männliche Konkurrenz-, Wachstums- und Rationalitätsdenken, das dem Industriekapitalismus als inhärent zugeschrieben wurde, wurde nun fundamental infrage gestellt; die Forderung nach einer ›weiblichen Ökonomie‹ kam auf den Tisch. Folgerichtig wurde Sozialpolitik als Geschlechterpolitik begriffen, die gegen die ökonomische Ausbeutung und soziale Ausgrenzung der Frauen gedreht und als Reproduktionspolitik neu gefasst werden müsse. Mit dieser Perspektive wurde ein breites Feld sozialpolitischer Themen feministisch besetzt: Bildungspolitik, Lohnpolitik, Mütterpolitik, Rentenpolitik, Familien- und Arbeitsrecht etc. Zwar wurde hier immer wieder auf die sozialhistorischen Vorbilder der Frauenbewegungen und ihre reproduktionspolitischen Forderungen zurückgegriffen, neu aber war jetzt das Frauen- und Weiblichkeitsbild, das die Konzepte feministischer Sozialpolitik leitete: Nicht länger die nur ›gleichgestellte Frau‹, die komplementär und ergänzend ihre reproduktionspolitischen Ziele durchsetzte, war das Leitbild. Jetzt wurde das Bild von Frauen propagiert, die mit einer Politik der weiblichen Ökonomie, und den ihr entsprechenden Reproduktionsprinzipien und sozialen wie ökologischen Implikationen das konkurrenzkapitalistische System durchdringen oder gar umpolen wollten. Emanzipatorisches Weiblichkeitsbild und Gesellschaftsbild gingen ineinander über. Vor allem machte die neue Frauenbewegung deutlich, dass die industriegesellschaftliche Ökonomie zwar arbeitsteilig, aber nicht notwendig patriarchalisch strukturiert sein müsse und dass die Verantwortung für den Reproduktionsbereich nicht einseitig den Frauen zugeordnet werden könne (vgl. auch Brückner 2011). Deshalb wurde statt des traditionellen männlichen Ernährermodells ein gleichberechtigtes »adult worker model« (Zwei-Erwerbstätigen-Modell) gefordert, in dem beide Geschlechter ihre eigene Option auf Berufsarbeit bei Gleichbelastung in der Familienarbeit realisieren können. Dies kann Frauen eher entsprechen, »allerdings nur, wenn dabei das Ziel der Geschlechtergleichheit und damit das Problem der Verteilung der Sorgearbeit umfassend berücksichtigt werden.« (Lewis 2004: 79)

DIE REPRODUKTIONSORIENTIERTE ERWEITERUNG DES SOZIALPOLITISCHEN PRINZIPI

Die feministische Kritik am Sozialstaat fordert in der Konsequenz auch eine reproduktionsorientierte Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips heraus. Schon in der Zeit der dritten Generation der deutschen Frauenbewegung in den 1920er Jahren wurde das Prinzip der weiblichen *Sorge* als gleichsam anti-kapitalistisches Prinzip formuliert, nach dem »die Frauen das Menschenleben hoch anschlagen, dass ihnen Menschen wichtiger als Sachgüter sind, das Leben heiliger als der Apparat ist, der ihm dient« (Salomon 1931: 312). Das ähnelt durchaus Heimanns Kritik, der Kapitalismus sehe den Menschen nur als Ware. Die Kraft der Sorge sollte aus der weiblich-familialen Privatwelt heraus-treten, die kapitalistische Wirtschaft durchdringen und so die Humanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Diese antikapitalistische Interpretation von Sorge wurde von der Frauenbewegung und Frauenforschung der 1990er und 2000er Jahre erneut aufgegriffen. Dem kapitalistischen System wird unterstellt, dass es die Reproduktionsarbeit, die es für seine Erhaltung alltäglich braucht, negiert, abspaltet:

»Die Warenform als solche weist eine geschlechtliche Besetzung auf: Alles, was an sinnlicher Welt des Menschen in dieser Form nicht aufgehen kann, wird als weiblicher Lebenszusammenhang von der Form und den Prozessen abstrakter Ökonomisierung der Welt abgespalten, wodurch sich die Warenform gleichzeitig als männlich besetzt erweist. Mit anderen Worten: *Abgespalten* werden [...] die Reproduktionstätigkeiten vom Wert, von der abstrakten Arbeit und den damit zusammenhängenden Rationalitätsformen.« (Brensell/Habermann 2001: 256)

Ist Heimanns Modell des Sozialpolitischen Prinzips einseitig auf den Grundkonflikt von Arbeit/sozialer Idee und Kapital, also auf den allgemeinen Gegensatz von Mensch (historisch als arbeitender Mann) und kapitalistischer Ökonomie ausgelegt, so speist sich der antikapitalistische Sordediskurs aus der Konfliktstruktur der *geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung*, nach der unsere Arbeitsgesellschaft bis heute aufgebaut ist. Die reproduktiven Rollen der Beziehungs- und Hausarbeit, aber auch der Erziehung und Fürsorge sind niedriger bewertet als die industriewirtschaftlichen, technischen und darauf bezogenen administrativen Rollen. Traditionell waren die reproduktiven Rollen den Frauen zugeordnet. Zwar stehen heute den Frauen auch alle gesellschaftlichen Rollen außerhalb des Reproduktionsbereiches offen, das geschlechtshierarchische Prinzip ist aber als Wertprinzip geblieben. Die Kluft zwischen externalisierter Ökonomie und sozial gebundener Reproduktionssphäre ist sogar eher noch gewachsen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund das Sozialpolitische Prinzip in dieser neuen Dualität systematisch und darin weiter auch in der Heimannschen Dialektik und ihrer Sprache fassen, so können wir wie folgt formulieren: Sozialpolitik ist der Einbau eines doppelten Gegenprinzips in das System des Kapitalismus: sowohl des allgemeinen Prinzips der Humanisierung der Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft (die Wirtschaft soll dem Menschen dienen) als auch des besonderen Prinzips ihrer reproduktiven Durchdringung (Care (Sorge) als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip). Von diesen beiden Achsen des Sozialpolitischen Prinzips gehen unterschiedliche, aufeinander beziehbare und einander ergänzende Impulse aus. Zum einen der arbeitgesellschaftlich-sozialstaatliche Impuls, der angesichts der globalen Entgrenzungstendenzen neu gesetzt werden muss. Zum anderen die reproduktiven Impulse, die sich vor allem in der Perspektive der Sorge (Care) und der sozialen Nachhaltigkeit (s.u.) bündeln.

Doch so ohne Weiteres lässt sich die Care-Perspektive in die sozialpolitischen Konfliktzonen des globalisierten Kapitalismus nicht einführen. Es ist wieder ein Hase-und-Igel-Spiel. Was der feministische Care-Diskurs programmatisch erstrebt, theoretisch und politisch aber nicht erreicht hat, scheint nun im fortgeschrittenen Kapitalismus seine – wenn auch verkehrte – Erfüllung zu finden. Sorge ist heute in einem Maße gesellschaftlich freigesetzt, diffundiert die Lebensbereiche, schwingt in nahezu allen Bewältigungskontexten mit und hat ihre eigenen Aneignungskulturen in einer Weise ausgebildet, dass man durchaus von einer Vergesellschaftungsform der Zweiten Moderne sprechen kann. Nur: Im Gegensatz zum feministisch geprägten Care-Diskurs der Ersten Moderne, der als Gestaltungsdiskurs geführt wurde, ist der gegenwärtige Sorgediskurs als Krisendiskurs freigesetzt. Zugleich stoßen wir hier wieder auf eine der bezeichnenden Paradoxien des fortgeschrittenen Kapitalismus: Sorge wird freigesetzt und gleichzeitig wieder vermarktet, kapitalisiert. Die neokapitalistischen Prozesse der sozialen Entbettung, gesellschaftlichen Entgrenzung und sozialstaatlichen Erosion, die den Hintergrund der Freisetzung von Sorge bilden, werden zu konsumtiven Bezügen transformiert. Sorge ist zur Ware geworden. Eine kommerzielle Aneignungskultur der Sorge bildet sich in Sprachsymbolik und wiederkehrenden Veranstaltungstypen aus. Eine Fülle von Wohltätigkeitsevents lässt kommerzielle und privatisierte Sorge zu einem gesellschaftlichen Netzwerk werden, das den Warencharakter der Sorge überformt. In der medialen Welt der Werbeindustrie wird Sorge allenthalben in Modulen angeboten, werden Bausätze offeriert, in denen Sorge- und Konsumelemente, so widersprüchlich sie auch in sich sein mögen, miteinander verbunden werden können. Die Auto-, Versicherungs- und Immobilienwerbung sind Protagonisten in diesem Bereich. Wolfgang Fritz Haug hat diesen Modularisierungsprozess in seiner »Entgrenzung der Warenästhetik« (2001) beschrieben: In der virtuellen Welt des neuen Kapitalismus wird das Produkt

nicht mehr in der Fabrik, sondern erst in den Kommunikationsmedien als konsumtives Gut produziert. Die Ware verschmilzt mit den Bildern und diese sprechen die Gefühle an. Sie wirken entlastend, Sorge kann somit warenästhetisch zur Sorglosigkeit mutieren.

Demgemäß scheint sich – der Globalisierungsdynamik des fortgeschrittenen Kapitalismus entsprechend – eine globalisierte Sorgeskultur entwickelt zu haben. Ihr Motto: In der Welt sind alle aufeinander angewiesen. Klimadiskurse, Migrationsdiskurse, Armuts- und Reichtumsdiskurse bestimmen die Schlagzeilen. Beim näheren Hinsehen wird aber deutlich, dass diese Sorgediskurse eine bezeichnende Asymmetrie aufweisen: Es sind Diskurse einer Zitadellenkultur (Werckmeister 1990). Wir müssen uns um die Armen und Zurückgebliebenen dieser Welt kümmern, müssen uns um sie sorgen, damit sie uns nicht eines Tages bedrohen, nicht noch mehr als heute vor unseren Mauern stehen. Sozialökonomische und politische Konflikte werden in Sorgeverhältnisse umgedeutet. Die Milliardäre dieser Welt kümmern sich um die Probleme dieser Welt. Das US-amerikanische Modell, »success and benefits«, schlägt global durch: Wenn du ökonomischen Erfolg hattest, egal wie du dein Geld verdient hast (z.B. auf Kosten anderer), bist du moralisch verpflichtet, einen Teil davon an die Nichtreichen abzugeben. Natürlich kann dann von diesen erwartet werden, dass sie sich auch entsprechend verhalten und die Geber nicht enttäuschen. So können bestehende Machtverhältnisse in Sorgeverhältnisse umgedeutet und auf diese Weise weiter, aber legitimatorisch neu stabilisiert werden. Sorgeskulturen werden so zu Verdeckungskulturen.

EXTERNALISIERUNG: KAPITALISMUS UND MÄNNLICHKEIT

Mit der reproduktionsorientierten Erweiterung des Sozialpolitischen Prinzips steht die Geschlechterfrage im Zentrum des sozialpolitischen Diskurses. Dabei geht es nicht so sehr um Frauen und Männer an sich, sondern um weiblich und männlich konnotierte Strukturen, die als Hintergrundstrukturen der Entwicklung der Sozialpolitik zu betrachten sind. Heimann dachte »männlich«, indem er wie selbstverständlich das Angewiesensein der kapitalistischen Ökonomie auf die im System der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung männlich konnotierte Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt stellte. Damit erhielt die soziale Idee implizit nicht nur eine einseitige geschlechtliche Beschaffenheit, sondern auch eine folgenreiche Entsprechung zu inneren Konstitutionsprinzipien der kapitalistischen Ökonomie. Der Kapitalismus kommt in seiner Angewiesenheit auf die Erwerbsarbeit vor allem der männlichen Erwerbsbevölkerung entgegen, die weiblich konnotierte Reproduktionsarbeit bleibt weit-

gehend ausgeklammert. Dadurch bleibt eine wesentliche antikapitalistische Substanz der sozialen Idee, das Prinzip der Sorge, unthematisiert.

Die notwendige Einbeziehung der Geschlechterfrage in die Konstellation des Sozialpolitischen Prinzips modifiziert die sozialpolitische Konfliktkonstellation erheblich. Denn der Konflikt zwischen der kapitalistischen Ökonomie und dem Menschen erfährt eine problematische Spaltung: Vor dem Hintergrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung verbinden sich bis heute wirtschaftliche Macht und männliche Dominanz zu einem hegemonialen System, das Massen von Männern an sich bindet, ihnen eine »patriarchale Dividende« (Connell 1987) verspricht, während es Frauen auszugrenzen trachtet oder versucht, sie maskulinen Arbeits- und Konkurrenzformen zu unterwerfen. Dabei zeigt sich eine folgenreiche Entsprechung. Das Prinzip der *Externalisierung*, das für die wachstumsfixierte industriekapitalistische Gesellschaft charakteristisch ist, spiegelt sich in der männlichen Sozialisation. Sozialpolitisch problematisch daran ist nicht so sehr die Externalisierung, als vielmehr der Mechanismus der *Abspaltung*. So wie im Prozess der männlichen Sozialisation Jungen und Männer unter dem Druck stehen, ihre Gefühle abspalten zu müssen (vgl. Böhnisch 2013), steht die wachstumsfixierte Gesellschaft unter dem Zwang der Abspaltung der Reproduktionssphäre (s.o.). Hier wird deutlich, dass es wieder auf die Wirkungsstärke des Sozialpolitischen ankommt, ob und inwieweit es gelingt, den Abspaltungs- und Externalisierungsdruck des Kapitals abzufedern und eine Vereinbarungsperspektive für Frauen *und* Männer zu realisieren. Allerdings ist diese Perspektive für viele Männer, die von der kapitalistischen Wirtschaft genutzt werden, nur begrenzt realisierbar. Je mehr der digitale Kapitalismus die Sozialform des abstrakten Arbeiters intensivieren kann, weil der geschwächte Sozialstaat nicht mehr ausreichend sozial gegenhalten kann, desto stärker werden wieder vor allem Männer in den gesellschaftlichen Sog von Externalisierung und Abspaltung gezogen.

In die Sphäre der sozialen Idee ist somit ein besonderer Konflikt eingelassen, der nicht nur die soziale Idee schwächt, sondern auch von der Kapitalseite her zum Ausspielen genutzt werden kann. Dem feministisch forcierten antikapitalistischen Prinzip der Sorge steht gleichsam das »männliche Prinzip« des Kapitalismus entgegen: Die unbedingte Wachstumsorientierung der Externalisierung, die den menschlichen Fortschritt in der bedingungslosen Rationalität der *Überwindung der Natur* definiert und folglich *Innehalten* als Rückschritt denunzieren muss, existiert weiter und wirkt intensiver denn je. Nur: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, im Sog der Globalisierung, wirkt dies verdeckt, sozial entbettet, das heißt losgelöst von den Menschen und damit auch von den Männern. Der digitale Kapitalismus ist nicht mehr auf die massenhafte Inkorporation durch die Männer vor Ort angewiesen, ja viele von ihnen spüren längst ihr Leiden an diesem »männlichen« Prinzip das sich nun gegen sie selbst wendet. Die Ökonomie gibt sich zwar geschlechtspolitisch

exkulpiert, sie sucht ihren »*abstract worker*« geschlechtsneutral und begegnet dem Vorwurf, sie ziehe mit ihren Prinzipien der Externalisierung und Abspaltung doch wieder stärker Männer an und grenze Frauen und Care eher aus, mit dem Achselzucken des sozial entbetteten Sachzwangs. Unter der Hand bleibt also die männlich konnotierte Grundstruktur auch im digitalen Kapitalismus trotz seiner geschlechtsneutralen Fassade erhalten. Es wird sogar von einer verdeckten Reetablierung maskulin-dominanter und frauendiskriminierender Muster gesprochen, von der vor allem Mütter betroffen sind, die den Kinderwunsch nicht zugunsten einer sie vereinnahmenden Karriere aufgeben wollen (vgl. Sauer 2001). Gleichzeitig gilt es aber zu berücksichtigen, dass die im globalen Maßstab wieder augenscheinliche männliche Dominanz mit einer erweiterten männlichen Verfügbarkeit einhergeht, die die soziale Widerstandsfähigkeit erwerbstätiger Männer schwächt. Dies zeigt, dass wir auch heute trotz fortgeschrittener Geschlechternivellierung in den Alltagskulturen der Industriegesellschaften den verdeckten Geschlechterkonflikt als Strukturkonflikt weiter thematisieren müssen, wenn wir die Chancen der antikapitalistischen Belebung der sozialen Idee und damit des Sozialpolitischen Prinzips einschätzen wollen.

ZWISCHENBILANZ: DIE DIALEKTIK DER ANGEWIESENHEIT IM GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL

Die zentrale Hypothese, nach der sich das Sozialpolitische Prinzip konstituiert, wurde von Heimann ja dahingehend formuliert, dass der Kapitalismus, obwohl er den Menschen nur als Ware betrachten kann, letztlich doch auf den Menschen angewiesen ist. Denn wenn sich die kapitalistische Ökonomie technologisch weiterentwickeln, modernisieren und damit ihren Profit steigern wolle, brauche sie qualifizierte Arbeiter, sei auf deren Humanvermögen angewiesen und müsse deshalb soziale Belange und Interessen aufnehmen. Das sei – so Heimann – der strukturell erzwungene Einbruch der sozialen Idee in das Gehäuse des Kapitalismus. Dieser werde historisch aber erst über soziale Konflikte und Kämpfe verwirklicht und deshalb gehöre der epochale soziale Konflikt zu den Konstitutionsbedingungen des Sozialpolitischen Prinzips.

Wir haben diese sozialpolitische Hypothese der Angewiesenheit erweitert, indem wir deutlich gemacht haben, dass die kapitalistische Ökonomie nicht nur auf die Qualifikation der Arbeitenden, sondern auch auf die Reproduktion dieser Arbeitskraft angewiesen ist. Vor dem Hintergrund des Modells der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung sprechen wir nun von einer doppelten Angewiesenheit der Ökonomie auf das Humanvermögen.

Im fordistischen Modell wurde nun versucht, diese Angewiesenheit auszuhebeln, indem – mit der Transformation des Arbeiters zum Konsumenten – der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital tabuisiert, ideologisch stillgestellt wurde. Der Sozialstaat hingegen, als institutionelle Form des Sozialpolitischen Prinzips, hat diesen Konflikt aufgenommen und mediatisiert. In ihm ist die Angewiesenheit der Ökonomie auf den Menschen – bei freilich fortdauernder ökonomischer Dominanz – in die sozialpolitische Formel von Anspruch und Zumutbarkeit von Fördern und Fordern gefasst (vgl. Lessenich 2013). Er sorgt nun für die technologisch-infrastrukturelle und soziale Reproduktion des Kapitals bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen. Das Sozialpolitische Prinzip geht gleichsam im Sozialstaat auf.

Mit der Globalisierung schließlich wird die sozialpolitische Hypothese der Angewiesenheit nicht nur brüchig, sie scheint geradezu obsolet geworden zu sein. Mit nun international vorangetriebener Arbeitsteilung und der Entwicklung eines sozial entbetteten globalisierten Finanzmarktes bleibt zwar die Angewiesenheit des Kapitalismus auf das Humanvermögen prinzipiell erhalten, kann aber von der Ökonomie über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus so gesteuert werden, dass sich diese Angewiesenheit nicht mehr antikapitalistisch formieren kann, so wie das im nationalstaatlichen Hoheitsbereich möglich war. Institutionell hat das zur Schwächung der Gestaltungskraft des Sozialstaats geführt, der aber zumindest als Barriere gegen einen überbordenden Kapitalismus seine epochale Bedeutung bewiesen hat und auf dessen Mediationsfunktion auch der globalisierte Kapitalismus angewiesen ist.

Mit der Entwicklung der *Zivilgesellschaft* schiebt sich eine gesellschaftliche Formation zwischen die Blöcke von Staat und Ökonomie, in der eine neue Verwirklichung der sozialen Idee gesucht wird. In dem Maße, in dem der Kapitalismus nicht mehr auf die Masse der Arbeitenden angewiesen ist, sollen nur die Ausgeschlossenen über einen Bürgerstatus und Bürgerrechte einen eigenen sozialen Kosmos erhalten können. Das zivilgesellschaftliche Konzept soll eine eigene soziale Idee hervorbringen können. Ob ein entsprechendes Modell von Zivilgesellschaft gleichsam jenseits der Sozialpolitik sozialpolitisch substitutiv oder erweiternd tragfähig sein kann, wollen wir im nächsten Teil untersuchen.

